

ANFRAGEN an den Bürgermeister

1) Beschleunigung des Wohnbaus/Dauer von Verfahren

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Bauer** stellt folgende Anfrage:

Motivenbericht nur schriftlich:

Ein wesentlicher Hemmschuh, was leistbares Wohnen betrifft, sind die langen Genehmigungsverfahren: Und gemeinnützige wie auch private Wohnbauträger klagen unisono, dass in Graz Bauverfahren überdurchschnittlich lange dauern, dass dies auf Kosten von leistbarem Wohnraum gehe.

Bereits zu meinem dringlichen Antrag „Task Force Wohnen“ habe ich auf diese Problemlage hingewiesen und koordiniert zu einer Lösung aufgefordert. Diese Problemlage ist noch immer vakant.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

A n f r a g e ,

- wie lange im Durchschnitt die Verfahren für den privaten bzw. genossenschaftlichen Wohnbau sind,
- ob sich an der Verfahrensdauer in den vergangenen Jahren etwas verändert hat und wenn ja, in welcher Form,
- inwieweit es Vergleiche zu anderen steirischen Gemeinden sowie Kommunen in anderen Bundesländern gibt, was die Verfahrensdauer betrifft,

- was die Ursachen für die Dauer von Verfahren sind und
- welche Möglichkeiten der Beschleunigung von Bauverfahren es aus Ihrer Sicht gäbe?

Die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

2) Entschärfung Gefahrenquelle Köflacher Gasse/Eggenberger Straße

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Bauer** stellt folgende Anfrage:

Motivenbericht nur schriftlich:

Das Eck Köflacher Gasse/Eggenberger Straße ist für RadfahrerInnen eine besondere Herausforderung; einerseits, weil hier unterschiedlichste Mobilitätsarten (Gehen, Straßenbahn, Autoverkehr, Radverkehr) in hoher und weiter steigender Frequenz aufeinandertreffen und andererseits, weil hier Radwege zusammengeführt werden. Diese Situation führt an diesem Bereich wiederholt zu Zusammenstößen oder gefährlichen Situationen.

Insbesondere auf der Seite Siemens/PVA kreuzen sich die Radfahrlinien stadteinwärts Radelnder mit jener stadtauswärts Radelnder, weil zum einen die Radwegbreite sich dort verändert und zum anderen, weil bedingt durch das Gebäudeeck ein Einblick in die Kreuzung und in die Weiterführung des Radweges nicht möglich ist.

Namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs stelle ich daher die

Anfrage:

Sind Sie bereit, im Rahmen Ihrer Koordinierungskompetenz auf die zuständigen Stellen einzuwirken, prüfen zu lassen, inwieweit die Situation eventuell durch eine bessere Bodenmarkierung oder Gefahrenhinweise etc. entschärft werden kann?

Die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

3) Job-Ticket für die GPS-MitarbeiterInnen

GR.ⁱⁿ **Katholnig** stellt folgende Anfrage:

Motivenbericht nur schriftlich:

Mit dem Job-Ticket leistet die Stadt Graz auch als Dienstgeberin einen vorbildlichen Beitrag zur Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs und zum Umstieg auf den ÖV. Allerdings: Allen MitarbeiterInnen im Haus Graz ist es leider noch immer nicht möglich, ein solches Job-Ticket zu erhalten. Konkret geht es um die MitarbeiterInnen im GPS. Viele von ihnen hätten gerne ein solches Job-Ticket, aber nicht alle – für etliche wäre es in Bezug auf die PendlerInnenpauschale von Nachteil. Allerdings lautet beim GPS die – schwer nachvollziehbare – Devise: Entweder gibt es ein Job Ticket für alle, oder für keinen; das aber ist eine Regelung, die ansonsten im Haus Graz nicht üblich ist.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

Anfrage,

ob Sie bereit sind, sich dafür einzusetzen, dass auch für GPS-MitarbeiterInnen eine Lösung gefunden wird, die mit den übrigen Bereichen des Hauses Graz vergleichbar und nicht derart restriktiv ist, dass entweder alle MitarbeiterInnen sich für ein Job-Ticket entscheiden müssen, andernfalls niemand ein solches erhält, sondern dass den MitarbeiterInnen die in anderen Abteilungen bzw. städtischen Gesellschaften und Unternehmungen übliche Wahlmöglichkeit gewährleistet.

Die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

4) Unterkünfte von Asylwerbern in Graz

GR. **Hötzl** stellt folgende Anfrage:

Motivenbericht nur schriftlich:

Laut uns vorliegenden Informationen soll das Gebäude der ■■■ in der Messendorfer Straße 95 als Unterkunft für Asylwerber adaptiert werden.

Aus diesem Grund richte ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachstehende

Anfrage:

Können Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, Auskunft darüber erteilen, ob Ihnen diese Informationen ebenfalls vorliegen bzw. können Sie versichern, dass diese Informationen falsch sind?

Die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

5) Einrichtung von Unterkünften für Asylwerber im ehemaligen Pflegeheim „Marianne“ in Graz-Andritz – „Wann wurden Sie informiert?“

GR. Ing. **Lohr** stellt folgende Anfrage:

Motivenbericht nur schriftlich:

Die vor wenigen Tagen initiierte Unterbringung von unbegleiteten minderjährigen Asylwerbern im Pflegeheim „Marianne“ in Graz-Andritz sorgte zu Recht für hitzige Diskussionen innerhalb der Bevölkerungs- und Anrainerkreise. Wie entsprechenden Medienberichten zu entnehmen war, wurde das Areal dem Bund vom Eigentümer zur Miete angeboten. Während einzelne Tageszeitungen noch berichteten, dass diese Maßnahme mit dem Durchgriffsrecht des Bundes begründet werde, wurde dies von den verantwortlichen Vertretern der Stadt Graz im Rahmen der letzten Bürgerversammlung zu diesem Thema verneint. Auf welcher Rechtsgrundlage nun auch immer diese Maßnahme stattgefunden haben mag, es drängt sich eine Frage in den Vordergrund. Aus dem Bürgermeisteramt wurde verlautbart, man sei im Vorfeld nicht informiert gewesen.

Aus diesem Grund richte ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachstehende

Anfrage:

Wann und von wem wurden Sie bzw. die zuständigen Mitarbeiter des Bürgermeisteramtes von der im Betreff genannten Maßnahme informiert?

Die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

6) Live-Übertragung der Grazer Gemeinderatssitzung: Zeitplan für Petition ans Land Steiermark

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Grabe** stellt folgende Anfrage:

Motivenbericht nur schriftlich:

Die Sitzungen sämtlicher Landtage werden ja bekanntlich bereits live im Internet übertragen und sind im Anschluss im Archiv abrufbar, auch einige österreichische Städte (neben dem Bundesland Wien auch Salzburg, Linz, Wels, ...) übertragen bereits ihre Gemeinderatssitzungen via Livestream. Und auch in kleineren Gemeinden gibt es auf Initiativen von Bürgermeistern bzw. Gemeinderat bereits Übertragungen von Gemeinderatssitzungen via Internet bzw. sind diese in Vorbereitung, wie z.B. in Perchtoldsdorf, Mödling u.a.

(<http://www.noen.at/nachrichten/lokales/aktuell/moedling/Sitzungen-sollen-live-ins-Wohnzimmer;art2664,622333>)

Als Begründung für eine solche demokratiepolitische Öffnung sei beispielhaft etwa jene aus dem Land Burgenland angeführt:

Der Internet-Livestream solle dazu dienen, den Burgenländerinnen und Burgenländern zu zeigen, was im Landtag überhaupt vor sich gehe, so Illedits. „Wir erwarten uns hier nicht den übergroßen Hype bei den Zugriffen, weil wir natürlich die Erfahrungswerte der anderen Bundesländern immer verfolgt haben und auch kennen.“ Die Zugriffszahlen seien demnach sekundär, so Illedits. „In erster Linie geht es um das demokratiepolitische Öffnen unserer Landtagsarbeit.“ Man wolle transparent und nah sein.

Neben dem Livestream, der pro Jahr 18.000 Euro koste, will man den Bürgern auch mittels Broschüren, Schulexkursionen und Besuchstagen für Jung und Alt das Landesparlament näher bringen. Eine bereits bestehende Broschüre wird überarbeitet und in zwei Versionen mit neuem Layout aufgelegt. Eine Version soll Erwachsene sowie Oberstufenschüler ansprechen. Die zweite Version werde kindgerecht aufbereitet, sagte Illedits.

Von der Liveübertragung von Landtagssitzungen sollen laut Illedits u.a. Schulen profitieren. Hier falle eine Hürde weg, weil man nicht mehr nach Eisenstadt fahren müsse.

[...] (<http://burgenland.orf.at/news/stories/2739385/>)

Auch in Graz scheinen nun, nach etlichen gemeinderätlichen Fragen, Anfragen und Anträgen, die Weichen gestellt worden. Seit Beginn der aktuellen Gemeinderatsperiode wurde das Anliegen von mir und vom Kollegen Pacanda laufend eingebracht, so etwa im März 2013, dann u.a. in meiner Anfrage im Juli 2014 bezüglich der Bereitschaft, seitens der Stadt Graz auf dem Petitionswege um eine allfällige Gesetzesänderung beim Land zu ersuchen, ebenso im Juli 2015.

Noch im Juli 2015 haben Sie, Herr Bürgermeister, mein diesbezügliches Ansuchen, nämlich seitens der Stadt Graz auf dem Petitionswege um eine allfällige

Statutenänderung beim Land Steiermark zu ersuchen, erneut an das (informelle) Gremium der Klubobleute-Konferenz verwiesen, mit erneuter Bitte um Abklärung, ob beim Wunsch der Liveübertragung unserer Sitzungen denn überhaupt Einigung unter den Gemeinderatsklubs bestünde.

Nun denn, auch die erneute Behandlung dieser Frage in der Klubobleutekonferenz vom 11. Jänner hat erneut Einigung gebracht. Bei der Sitzung der Klubobleute wurde einstimmig der Wunsch zum Ausdruck gebracht, eine entsprechende Änderung des Statuts der Stadt Graz in die Wege zu leiten, die solche Live-Übertragungen rechtlich ermöglicht.

Daher meine

Anfrage:

Bis wann ist mit einer Umsetzung des Ansuchens der Stadt Graz auf Petitionswege beim Land Steiermark zur Ermöglichung von Live-Übertragungen der Grazer Gemeinderatssitzungen zu rechnen?

Die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

7) Einnahmen-Entwicklung für städtische Baumpflanzungen

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner** stellt folgende Anfrage:

Motivenbericht nur schriftlich:

In der Tagung „Bodenversiegelung/Gründächer“, die am 01.12.2015 im Grazer Rathaus stattfand, wurde vom Leiter der Grünraumabteilung DI Robert Wiener berichtet, dass die Stadt Graz pro Jahr 80.000 – 100.000 € aus den mit dem Vollzug der Grazer Baumschutzverordnung verbundenen Mitteln (Ausgleichsabgabe und Strafen) lukriert. Aufgrund der regen Bautätigkeit und den damit leider verbundenen zahlreichen Baumfällungen in den letzten 10 Jahren wäre zu vermuten, dass diese Einnahmen stetig gestiegen sind.

Daher stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, seitens des grünen Gemeinderatsklubs folgende

A n f r a g e :

Wie haben sich die Einnahmen für städtische Baumpflanzungen aus der Ausgleichabgabe und aus Strafzahlungen in den letzten zehn Jahren entwickelt?

Die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.